Angestellten des Hauses verließen die Verkaufsräume in wilder Flucht. Einige Arbeiter kehrten jedoch sofort an den Schauplatz der Katastrophe zurück und befreiten den bauleitenden Ingenieur, der unter den Trümmern begraben worden war, aus seiner schrecklichen Lage. Er war durch den Sturz jedoch so schwer verletzt worden, daß er auf dem Wege zum Hospital starb. Man fürchtet, daß 15 Arbeiter noch unter den Trümmern verschüttet sind.

Mailand. (Priv.-Tel.) Bisher erwies es sich als unmöglich, die Räumungsarbeiten des eingestürzten Flügels der Unione Cooperativa zu beginnen. Die 11 verschütteten Arbeiter sind rettungslos verloren, da unter den Trümmern keine Höhlungen vorhanden sind.

Die Lage in Marokko.

Paris. (Priv.-Tel.) General d'Amade hat seinen Fesselballon nach Marseille zurückgeschickt. Er hat nie zu etwas anderem gedient, als den Marokkanern die französischen Stellungen zu verraten.

Paris. (Priv.-Tel.) Der Ueberfall der Marokkaner auf die Kolonne des Obersten Pierron bei Talaza erfolgte Mittwoch um 3 Uhr morgens. Die fanatisierten Marokkaner durchbrachen die erste Reihe der Tirailleure und drangen bis in die Mitte der Zelte vor. Alle Eindringlinge wurden von den Tirailleuren massakriert, der Rest der Harka, auf derartigen Widerstand nicht gefaßt, ergriff die Flucht. Die französischen Mitrailleusen und Kanonen traten in Aktion, und bald bedeckten 130 marokkanische Leichen das Feld. Die anderen Marokkaner liefen in wilder Flucht davon. Die französischen Truppen hatten einen Verlust von 28 Toten, darunter einen Offizier, und etwa 100 Verwundete, unter ihnen 10 Offiziere.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat den Wiederaufbau der durch Brand zerstörten alten Garnisonkirche in der früheren Gestalt angeordnet.

Berlin. (Priv.-Tel.) Mitte Mai wird Prinz Ludwig von Bayern, der zukünftige König, auf dem Kriegsschiffe „Hertha" eine Ostseefahrt unternehmen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichskanzler Fürst Bülow begibt sich heute abend ½11 Uhr von Rom über Bologna nach Venedig, wo er morgen mittag im Hotel Britannia eintrifft. — Der Kriegsminister v. Einem, dem sein Erholungsurlaub in Aegypten sehr gut bekommen ist, befindet sich bereits auf der Rückreise und wird etwa Mitte Mai seine Dienstgeschäfte wieder in vollem Umfange aufnehmen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Staatssekretär Dernburg wird Anfang Mai von seinem Urlaub zurückkehren und nach Erledigung der Kolonialbahnvorlage seine Reise nach Südwest-Afrika antreten. Nach den bisher vorliegenden Bestimmungen wird sich Dernburg zunächst über London nach Kapstadt begeben, um von dort auch das Kapland und die englischen Kolonien in Südwest-Afrika zu besuchen. Er wird Natal im Oranjefreistaat, Transvaal und Rhodesia bereisen, um sich über die dort erzielten Resultate zu unterrichten. Alsdann wird er auf dem Landwege in einer etwa 14tägigen Tour nach dem Norden von Deutsch-Südwestafrika gehen. Die Reise dürfte im ganzen etwa vier Monate dauern.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Unterzeichnung der deutsch-französischen Konvention über die Grenzfestsetzung zwischen Kamerun und französisch Kongo steht unmittelbar bevor. Die neue Grenze folgt im Süden unseres Schutzgebiets den natürlichen Flußläufen, wodurch hier unwesentliche Platzverschiebungen verursacht worden sind. Erheblicher sind die Veränderungen im Südosten, wo ein ziemlich bedeutendes Territorium, das von den drei Flüssen Kadei, Glomba und Dscha umgeben ist, in deutschen Besitz übergeht. Auch an der Ost- und Nordostseite ist französisches Gebiet in deutsche Schutzgebiete einverleibt worden, während deutsches, insbesondere im Nordosten, an französisch Kongo gelangt ist. Der Austausch ist derart vorgenommen worden, daß die gesamten Gebiete von Kamerun und französisch Kongo ziemlich gleichgroß geblieben sind.

Berlin. Das deutsch-französische Abkommen zur Festsetzung der Grenze zwischen den Gebieten von Kamerun und französisch Kongo ist heute nachmittag im Auswärtigen Amt vom Staatssekretär v. Schoen und dem französischen Botschafter Cambon unterzeichnet worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Gouverneur Freiherr von Rechenberg tritt seine Wiederausreise nach Deutsch-Ostafrika erst Mitte Mai an. Vorher wird er in Brüssel einer Konferenz, die sich mit der Frage der Einfuhr von Waffen, Alkohol usw. im Kolonialgebiete befassen wird, beiwohnen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die rückhaltlose Anerkennung der loyalen Haltung Deutschlands in der mazedonischen Reformfrage und die ausdrückliche Betonung der alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland durch Iswolski, in dessen gestriger Dumarede hat hier angenehm berührt. In Sachen des Balkanprogramms selbst ist nunmehr alle Aussicht vorhanden, daß die zurzeit gepflogenen englisch-russischen Verhandlungen eine völlige Uebereinstimmung über die vorzunehmenden Reformen herbeiführen werden, der auch die übrigen Konzertmächte ihre Zustimmung erteilen würden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Bei der hiesigen Königlichen Münze ist der Bildhauer und Medailleur Professor Sturm, bisher in Leipzig, zum Münzmedailleur ernannt worden.

Hamburg. Am 16. d. M. abends wurde von den Apparaten der hiesigen Hauptstation für Erdbebenforschung ein Fernbeben mäßiger Stärke in ungefähr 5300 Kilometer Entfernung registriert. Beginn der Aufzeichnung 6 Uhr 46 Minuten 41 Sekunden, Dauer 40 Minuten.

Bremen. Die Rettungsstation Helgoland der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 18. April in zwei Fahrten von der holländischen Tjalk „Broederstronck" 8 Personen und von der holländischen Tjalk „Tjitokina" 6 Personen durch das Rettungsboot „Claus Dreyer" der Station gerettet.

Weimar. (Priv.-Tel.) Professor Henry van der Velde ist vom Großherzog zum leitenden Direktor der neugegründeten Kunstgewerblichen Schule in Weimar ernannt worden.

Bielefeld. (Priv.-Tel.) Der Mitinhaber der Westfälischen Sortier- und Waschanstalt M. Reinhardt u. Co., Rheda, M. Reinhardt, ist nach Abhebung von 60 000 Mark Geschäftsguthaben bei der Reichsbank verschwunden. Ueber das Geschäft ist der Konkurs verhängt worden.

Kulmbach. (Priv.-Tel.) Das Schloß des Reichsrats v. Guttenberg mit der dazu gehörigen Kirche in Guttenberg ist heute nacht vollständig niedergebrannt.

Straßburg (Elsaß). (Priv.-Tel.) Dem Landesausschuß ist eine Gesetzesvorlage der Staatsregierung auf Zulassung der französischen Sprache in den Versammlungen der Reichslanden zugegangen.

Lippstadt. (Priv.-Tel.) Zwischen Lippstadt und Sassendorf überfuhr ein Extrazug der Militärbahn drei Bahnarbeiter. Alle drei wurden getötet.

Wien. (Priv.-Tel.) Die „Zeit" erfährt, daß die bekannte Bilderrestauratorin Minna Hoegel in Wien ein altes Bild entdeckt hat, das sie als einen verloren geglaubten van Dyck agnoszierte. Es ist das Porträt Karls I. von England, dessen Kopie von Sir Peter Lily in der Dresdner Galerie hängt; man glaubte bisher, daß das Original 1697 im Schlosse Whitehall verbrannt sei. Frau Hoegel weist aus dem Inventar nach, daß das Bild 1697 nicht mehr in Whitehall war.

Lemberg. (Priv.-Tel.) Infolge des Appells der gesamten hiesigen Presse beschloß die polnische Studentenschaft, von weiteren Demonstrationen gegen die Ruthenen abzusehen.

Paris. (Priv.-Tel.) Hier will man wissen, der frühere österreichische Minister des Aeußeren, Graf Goluchowski, sei nach Rom geschickt worden, um mit dem Vatikan über die Aufhebung des Verbots des Besuches von Rom seitens katholischer Fürsten zu verhandeln. Kaiser Franz Joseph denkt zwar schwerlich selbst an eine Romreise; er könnte aber wünschen, daß der Thronfolger den König von Italien in seiner Hauptstadt besucht.

Paris. (Priv.-Tel.) Eine in Paris lebende Deutsche, Fräulein Wilhelmine Kemper, hat gegen den Prinzen Victor von Thurn und Taxis, sowie gegen den polnischen Grafen Zoltynsky und gegen eine Gräfin de Clare bei der Pariser Staatsanwaltschaft eine Anzeige wegen Betruges erstattet. Fräulein Kemper beschuldigt den Prinzen und seine zwei Freunde, ihr im Laufe von drei Jahren den Betrag von 650 000 Francs herausgelockt zu haben unter dem Vorwande, der Prinz werde sich mit Fräulein Vanderbilt verheiraten und sodann das Geld zurückerstatten. Der Prinz, so behauptet Fräulein Kemper, war in Amerika mit einer Amerikanerin verheiratet und sei dann nach Europa durchgegangen, seine Frau folge ihm jetzt nach Europa nach. Prinz Victor von Thurn und Taxis, sowie seine beiden Freunde bestreiten, daß sie Fräulein Kemper einen so hohen Betrag schuldig seien. Der Prinz behauptet, er schulde Fräulein Kemper nur 300 000 Francs, auch behauptet er, daß er niemals in Amerika verheiratet gewesen sei, sondern nur eine Amerikaner zur Geliebten gehabt habe, die er auf das galanteste entschädigt habe.

Paris. (Priv.-Tel.) In den nächsten Tagen wird die Bevölkerungsstatistik erscheinen. Sie ist die bisher schlimmste. Nur 773 000 Geburten, dagegen 793 000 Todesfälle, also eine Abnahme der Bevölkerung um rund 20 000 Individuen.

Paris. (Priv.-Tel.) Die Bildhauerin Prinzessin Anna Sturdza und deren Lehrer Prof. Denys Puech, Mitglied der Akademie der schönen Künste, kündigen ihre bevorstehende Vermählung an.

Lens. (Priv.-Tel.) Das Schwurgericht verurteilte zwei Journalisten wegen Beleidigung der Armee, den einen zu zwei Jahren und den andern zu sechs Monaten Gefängnis.

Haag. Einer amtlichen Meldung zufolge sind bei den Unruhen auf der Insel Bali (Niederländisch-Indien) auf seiten der Niederländer ein Offizier und neun Soldaten schwer verwundet worden.

Brüssel. (Priv.-Tel.) Der Ostender Spielbankpächter Marquet wurde wegen Vergehens gegen das Spielgesetz in den Jahren 1905, 1906 und 1907 zu je einem Monat Gefängnis und 1000 Francs Geldstrafe, im ganzen also zu drei Monaten Gefängnis und 3000 Francs Geldstrafe verurteilt. An Stelle der Geldstrafe kann je ein weiterer Monat Gefängnis für 1000 Francs treten.

London. Die Kaiserin-Witwe von Rußland ist heute nach mehrwöchigem Aufenthalt in England nach Petersburg abgereist.

London. (Priv.-Tel.) Dem „Daily Chronicle" wird aus Boston gekabelt, daß das Komitee der Versicherungs-Gesellschaften, das zur Untersuchung des Brandes von Chelsea eingesetzt worden ist, überzeugt ist, das Feuer sei auf Brandstiftung zurückzuführen. Es liegt der Beweis vor, daß wenigstens 20 Hausbesitzer die Gelegenheit ergriffen haben, ihre Häuser anzustecken, um die Versicherungssumme einzukassieren. Auf dem ungeheuren Raum, den die Brandstätte bedeckt, wurden 14 bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte Leichen unter den Ruinen gefunden. Weitere 80 Personen, die zweifellos samt und sonders den Tod in den Flammen gefunden haben, werden noch immer vermißt.

Christiania. (Priv.-Tel.) Gestern nachmittag ist das Hauptgebäude des bekannten Gebirgssanatoriums Fäforkampen durch eine Feuersbrunst total zerstört worden. Unter den Gästen befand sich der deutsche Gesandte von Treutler und seine Gemahlin. Der Gesandte leistete persönlich in vorzüglicher Weise bei dem Rettungswerk Hilfe. Mutig drang er in das mit rasender Schnelligkeit niederbrennende Haus ein, um Menschen und Wertsachen herauszuholen. Es ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Der oberste Kriegsrat beschloß, dem Zaren die Ernennung des Großfürsten Nikolaus zum Generalissimus der Armee und Flotte vorzuschlagen. Die Ernennung steht bevor.

Belgrad. Gegenüber der Behauptung des jungradikalen Organs „Odjek", der König habe während der Konferenzen mit den Parteiführern zur Lösung der Krise den jungradikalen Abgeordneten sein Wort verpfändet, daß Paschitsch unter keinen Umständen mit der Kabinettsbildung werde betraut werden, wird von zuständiger Seite erklärt, daß diese Behauptung unwahr ist. Um den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn und das Jahresbudget zu erledigen, empfahl der König während der Beratungen die Bildung eines altradikalen Kabinetts aus ganz neuen Persönlichkeiten, das dann auch mit der Auflösung der Skuptschina und der Durchführung der Neuwahlen betraut werden sollte. Es könne also nur von einer Empfehlung, nicht aber von Wortverpfändung von seiten des Königs die Rede sein.

Newyork. (Priv.-Tel.) Bald nachdem der Expreßzug der Northern Pacificbahn Mineapolis verlassen hatte, zwangen zwei Räuber mit vorgehaltenen Revolvern sämtliche Passagiere, ihr Geld und ihre Wertsachen abzuliefern. Sie machten reiche Beute und sprangen, als der Zug bei der nächsten Station seine Schnelligkeit verlangsamte, ab.

Tiflis. In Persisch-Belassuwar brach während eines Scharmützels zwischen den persischen Räubern und den russischen Truppen Feuer aus, durch das das Zollamt und ein Teil der Perserhäuser niedergelegt wurden. Die Perser hatten 84 Tote. Die Räuber zogen sich aus Belassuwar ins Gebirge zurück. In dem an Rußland angrenzenden persischen Gebiet herrscht völlige Anarchie. Der persische Regierungstelegraph ist zerstört. Da aus der Ansiedlung Zagrias auf die russischen Truppen geschossen wurde, eröffnete die herbeigeeilte Verstärkung ein Gefecht, bei dem Zagrias in Brand geriet. Während des Brandes explodierten in vielen Häusern Patronen.

(Nachts etwa eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Berlin, 18. April. (Priv.-Tel.) Heute blieb, wie auch schon in früheren Jahren am Oster-Sonnabend, die Berliner Börse und fast alle sonstigen deutschen Börsen geschlossen. Es war nur die Hamburger Effektenbörse geöffnet, weil man glaubte, sie mit Rücksicht auf das überseeische Geschäft nicht vier Tage hintereinander schließen zu sollen. Von den auswärtigen Börsen feierten heute die Londoner und die Newyorker. In Wien und Paris fand Börse statt.

Wien, 18. April. Schlußkurse der offiziellen Börse.

Papierrente	97,70	Türkenlose	187,75	Ungar. Kredit	742,50
Silberrente	99,30	Buschtiehrader	1125,—	Länderbank	439,50
Goldrente	116,—	Ferd.-Nordbahn	53,35	Unionbank	541,—
Ungar. Goldr.	111,25	Nordwestbahn	434,—	Brüxer	715,—
do. Kron.-R.	93,50	Elbethal	428,—	Alp. Mont.-A.	688,—
Angl.-Aust.-B.	—,—	St.-E.-Akt.	681,50	Napoleons	19,11
Tramway	—,—	Lombarden	137,—	D. Marknoten	117,58
Bau- u. B.-G. A	—,—	Wiener Bankv.	528,—	Galiz.Karp.Eeb.	515,—
do. B	—,—	Kreditaktien	634,75	Behauptet.	

Paris. (3 Uhr nachm.) Rente 96,80. Italiener 103,70. Neue Portugiesen 83,10. Spanier 93,75. Türken (unific. Anl.) 94,90. Rio Tintolose 180,—. Gitterbahn —,—. Lombarden 143. . Ottomanbank 726,—. Fest.

Leipziger Produkten-Börse, 18. April. **Weizen,** inländischer loco 201—206, do. do. geringer —,—, do. ausländischer 218—220, ruhig. — **Roggen** loco inklusive trockener und neuer 190—194, do. preußischer 190—194, do. Posener 194,— B., do. ausländischer 200—206, ruhig. **Rüböl** loco 71,75 nom., ruhig. **Spiritus** 70 M. Verbrauchsteuer: 70er loco —, 50er loco —.

Der Bericht der Wahlrechtsdeputation.

Der langerwartete Bericht der außerordentlichen Deputation zur Abänderung des Wahlrechts ist soeben erschienen. In durchaus objektiver Weise gibt der Berichterstatter, Abgeordneter Dr. Kühlmorgen, zum erstenmal ein getreues Bild der Deputationsverhandlungen in dem Zeitraume von der Konstituierung am 16. Dezember 1907 bis zur Beschlußfassung über eine vorläufige öffentliche Berichterstattung. Bei Besprechung des 45 Seiten umfassenden Berichts kann die Frage der Vertraulichkeit der Deputationsverhandlungen ausgeschaltet werden, da ja dieser Beschluß inzwischen aufgehoben worden ist und die diesbezüglichen Verhandlungen und Regierungserklärungen zur Genüge bekannt sind. Wohl aber ist es wichtig, zu erfahren, wie die Deputation überhaupt an die Behandlung des schwierigen Stoffes herangetreten ist. Entgegen vielfachen irrigen Meinungen ersieht man aus dem Bericht, daß die Regierungsvorlage durchaus nicht ausgeschaltet worden ist, sondern von Anfang an im Mittelpunkte der Beratungen stand, bis sich ungeahnte Schwierigkeiten ergaben und man auf dem Umwege über das Pluralsystem zu besseren Ergebnissen zu gelangen hoffte.

Bei Beratung der Regierungsvorlage wurde von dem Berichterstatter angeregt, ob es geraten sei, zunächst zu den Fragen allgemeiner Natur Stellung zu nehmen und sich schlüssig zu machen: 1. über die verfassungsmäßige Stellung der Zweiten Kammer; 2. über den Charakter des subjektiven Wahlrechts; 3. über die Oeffentlichkeit der Stimmenabgabe und 4. über den Einfluß der Neugestaltung des Wahlrechts auf die Verfassung. Aus der Mitte der Deputation sprachen nur zwei Redner über diese Punkte. Der eine wollte die Kammer nicht als Glied der allgemeinen Staatsverwaltung angesehen wissen. Er meinte, sie sei ein legislativer Körper, der sich nur im kritischen Sinne mit der Staatsverwaltung zu beschäftigen habe. Daß das subjektive Wahlrecht eine öffentliche Funktion sei, unterliege keinem Zweifel. Der andere Redner gab der Anschauung Ausdruck, daß die Frage der Oeffentlichkeit der Stimmenabgabe bei der Beratung der Regierungsvorlage zur Diskussion gelangen werde, und daß die übrigen Fragen rein theoretischer Natur seien, deren Behandlung entbehrt werden könne.

Bei Eintritt in die Spezialdebatte wurde zunächst § 1 der Regierungsvorlage zur Debatte gestellt und nach längerer Aussprache ein Antrag Langhammer angenommen, der besagt, daß die Kammer aus 96 Abgeordneten gebildet werde. Für § 2 brachte der Berichterstatter Dr. Kühlmorgen folgende Fassung in Vorschlag: „Das Ministerium des Innern bestimmt den Tag, an dem die Abgeordneten zu wählen sind." Diesem Vorschlage stimmten sowohl die Deputation als auch die Regierung zu. Zu § 3 lag ein Antrag Bär, der die Wahl der Abgeordneten auf 4 Jahre und sodann völlige Erneuerung der Kammer vorsah, und ein Antrag v. Querfurth, daß die Erneuerung der Kammer nur alle zwei Jahre mit der Wahl von einem Drittel der Abgeordneten stattfinde, vor. Schließlich wurde aber die Regierungsvorlage angenommen, wonach alle Abgeordneten gleichzeitig auf 6 Jahre gewählt werden sollen. Im übrigen wurde § 4 mit einer kleinen Aenderung und die §§ 5 und 6 debattelos angenommen. Bei Beratung der Abschnitte A und B des Entwurfs herrschte bei allen Deputationsmitgliedern Uebereinstimmung darüber, daß das gegenwärtige Wahlgesetz unhaltbar geworden und ein neues Wahlgesetz dafür Vorsorge treffen müsse, daß zwar eine Anzahl Sozialdemokraten in die Zweite Kammer gelange, daß aber keine Ueberflutung der Kammer durch staatsfeindliche Elemente eintrete. Gegen die Hereinziehung kommunaler Körperschaften als Träger von Wahlrechten wurde protestiert und von einigen Seiten betont, daß das einen völligen Bruch mit der historischen Entwicklung des Wahlrechts bei uns bedeuten würde. Ein befriedigendes Resultat ließe sich nur erreichen, wenn das Wahlgesetz auf einem System beruhe. Graf Hohenthal vertrat die Notwendigkeit der Kommunalwahlen und verwarf sowohl ein plutokratisches Pluralsystem als überhaupt jedes andere System, das zu einer Majorität der Masse über Besitz und Bildung führen könne. Berichterstatter Dr. Kühlmorgen machte daraufhin den Vorschlag, nicht mehr als 39 Abgeordnete durch Kommunalwahlen wählen zu lassen, und zwar nicht durch die Bezirksverbände, sondern durch Stadträte und Stadtverordnete in Städten mit revidierter Städteordnung, durch Gemeindekollegien in ländlichen Gemeinden bei besonderer Wahlkreiseinteilung. Vom Abgeordneten Andrä wurde das berufsständische Wahlsystem als Ersatz für die Kommunalwahlen empfohlen, ebenso vom Abgeordneten Ulrich, der ein Wahlsystem nach dem Muster der Dresdner und Chemnitzer Kommunalwahlen in Vorschlag brachte und auch bei einzelnen Deputationsmitgliedern Unterstützung fand. Von anderer Seite wurde dieser Vorschlag aber scharf bekämpft und auch vom Minister Grafen Hohenthal für unannehmbar erklärt. Schließlich wurde ein Antrag Dr. Vogel angenommen, wonach unter Zurückstellung der Abteilung A zuerst die Beratung der Abteilung B erfolgen sollte, um vielleicht auf diesem Wege zu einer Einigung zu kommen.

Unter Beiseitelassung der Kommunal- und Verhältniswahlen sollte also nur das Pluralsystem den Gegenstand der Beratung bilden. Hierzu lagen folgende Anträge vor: Berichterstatter Dr. Kühlmorgen: „Inhabern von öffentlichen Vertrauensstellen, die durch Wahlen oder Berufung erlangt werden, eine Zusatzstimme zu erteilen"; Abg. Dr. Brückner: „als weiteres Moment für die Erteilung einer Zusatzstimme den Betrieb eines Etablissements, in dem über 100 Personen beschäftigt sind, anzunehmen", und endlich Abg. Andrä: „nur dem eine Alterszusatzstimme zuzubilligen, der das 40. Lebensjahr vollendet hat und verheiratet ist". Nach langer Debatte wurden alle diese Anträge verworfen, dagegen ein anderer Antrag Andrä angenommen, der je eine Zusatzstimme allen Wählern zusichert, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, oder mit einem in Sachsen gelegenen Grundstücke ansässig sind, in ihrem Erwerbsleben mindestens zwei Personen ständig beschäftigen, oder Beamte des Staates, der Kirche und Gemeinde sind, oder endlich als Privatbeamte ein Einkommen von mindestens 2000 Mark jährlich beziehen. Diese Zusatzstimmen bleiben auch für den Fall bestehen, wenn der Beamte in den Ruhestand tritt und der Gewerbetreibende sein Gewerbe aufgibt. Weitere Zusatzstimmen waren noch vorgesehen für alle Wähler, die bei der staatlichen Einkommensteuer 1900 Mk. versteuern, und für solche, die ihre wissenschaftliche Bildung durch ein Zeugnis, welches für den einjährig-freiwilligen Militärdienst genügt, nachweisen könnten. Nachdem so eine Grundlage erzielt worden war, erübrigte noch die Behandlung der Frage, welche der einzelnen Zusatzstimmen miteinander kumuliert werden sollten und welche wahlweise miteinander gestellt werden könnten. Hier wurde die Staatsregierung ersucht, statistisches Material über die Wirksamkeit des Pluralwahlrechts nach der obenangedeuteten Richtung anzustellen.